

Salzburg, am 12. März 2026

An die österreichische Bundesregierung

Die Bundesregierung muss sich klar und unmissverständlich gegen die aktuelle Ausgestaltung der EU-Wiederherstellungsverordnung stellen – denn sie gefährdet die Zukunft unserer produzierenden Land- und Forstwirtschaft, treibt Betriebe in wirtschaftliche Not und blockiert dringend notwendige Anpassungen an den Klimawandel.

In einem Land wie Österreich und speziell im Bundesland Salzburg, in dem natürliche Bedingungen und steiler alpiner Raum den Lebens- und Wirtschaftsraum ohnehin stark begrenzen, sind weitere starre Auflagen und Verschlechterungsverbote ohne realistische Zielpfade schlicht nicht umsetzbar. Der Naturschutz darf nicht dazu führen, dass produktive Wiesen und Wälder nicht mehr zeitgemäß bewirtschaftet werden können und die dringend notwendige Anpassung an den Klimawandel behindert wird. Dies gefährdet die Lebensmittelversorgung in Österreich und macht Lebensmittel teuer.

Wir fordern: eine sofortige Aussetzung, grundlegende Überarbeitung und eine klare Absicherung der Finanzierung, bevor Land- und Forstwirte, Gemeinden und Länder Verpflichtungen auferlegt bekommen, die weder ökologisch noch wirtschaftlich zu stemmen sind und den gesellschaftlichen Grundkonsens gefährden. Teure Lebensmittel und Rohstoffe sowie Versorgungsengpässe destabilisieren eine Gesellschaftsordnung.

Die Land- und Forstwirtschaft braucht Planbarkeit, Praxistauglichkeit und Unterstützung – keine unerfüllbaren Vorgaben, die Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und den ländlichen Raum massiv gefährden.

Maximilian Aigner
Agrarlandesrat

Ök.-Rat Rupert Quehenberger
Präsident LK Salzburg

Mag. Franz Wieser, MBA
Kammeramtsdirektor